

Zwangsabgabe

Europa: Vorbereitungen zur Enteignung der Bank-Kunden haben begonnen

09.08.13

Die Schweiz hat als erstes Land in Europa Regeln festgelegt, wie die Banken die Sparer bei einer Pleite zu enteignen haben. Gleichzeitig laufen Bestrebungen, die Flucht ins Bargeld zu stoppen. Deutschland wird ebenfalls bald bekanntgeben, wie hoch die Zwangsabgabe für Bank-Kunden ausfällt. Erhöhte Wachsamkeit ist angebracht.



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verfolgt gespannt, wie die Eidgenossen seinen Plan zu Banken-Rettung umsetzen. Wenn die Sparer in der Schweiz stillhalten, dann kann die Zwangsabgabe auch in Deutschland eingeführt werden. (Foto: DWN/Laurence Chaperon)

Die Kunden der Schweizer Großbanken UBS und Credit Suisse haben seit Mittwoch die Gewissheit: **Einlagen über 100.000 Franken sind bei diesen Banken nicht mehr sicher**, sondern werden im Fall der Insolvenz-Gefahr einer der beiden Banken massiv zur Rettung des Instituts herangezogen.

Das Positionspapier der Schweizer Bankenaufsicht Finma folgt ziemlich genau der „**Blaupause**“, die der Euro-Gruppenführer Jeroen Dijsselbloem vor einigen Monaten verkündet hatte. Der Plan folgt im Wesentlichen den Vorgaben von Bundesfinanzminister Wolfgang **Schäuble**, der von den Bank-Kunden einen Soli erwartet, damit der Euro und mit ihm das Weltfinanz-System gerettet werden können. Im Hinblick auf die vielen wohlhabenden Kunden der UBS und der Credit Suisse zeigt die Nachricht: Es dürfte viel schlechter um die die europäischen Banken stehen als man den Bürgern bisher erzählt hat.

Erstmals hat damit eine wichtige europäische Bankenaufsicht einen Plan vorgelegt, was im Crash-Fall mit den Großbanken des Landes geschehen wird: Die Schweizer Finanzmarktaufsicht hat verfügt, dass es für Guthaben über 100.000 CHF eine **Zwangsabgabe** geben muss. Die Finma hat weiters offiziell bekanntgegeben, dass die

Großbanken UBS und Credit Suisse **nicht mehr vom Steuerzahler gerettet** werden, wenn sie vor der Pleite stehen.

Die Finma wird, sobald es Probleme bei einer der beiden Banken gibt, das Kommando übernehmen – und Sparer, Gläubiger und Inhaber von Anleihen zur Kasse bitten. Die Behörde kann jeweils **300 Milliarden Franken von den Banken konfiszieren** und in Aktien der Banken umwandeln, wenn die Eigenkapitalsituation in dem Unternehmen als kritisch eingeschätzt wird.

Die Entscheidung der Finma ist von großer Bedeutung: Erstmals nach der Zwangsabgabe von Zypern und den Beschlüssen der EU zur Zwangsabgabe bei Banken-Rettungen hat eine Aufsichtsbehörde einen **konkreten Ablaufplan für den Crash** von systemrelevanten Banken in ihrem Land bekanntgegeben.

Das ist bemerkenswert: Denn damit sagt die Finma, dass der Crash der Großbanken UBS und Credit Suisse kein Hirngespinnst, sondern eine reale Möglichkeit ist. Die beiden Banken haben, wie die Deutsche Bank und alle anderen europäischen Banken, **Milliarden-Risiken an Derivaten (Wetten)** im Keller lagern. Diese finden sich nur zum Teil in den Bilanzen. Als Over the Counter (OTC) Geschäfte müssen sie nicht bilanziert werden – was die Lage nur schlimmer macht.

Hier setzt nun die Finma an: Sie hat im Jahr 2008 die UBS mit 40 Milliarden Schweizer Franken retten müssen. Zwar hat die UBS in den vergangenen Jahren versucht, sich zu verkleinern – etwa, indem sie sich vom Investment-Banking verabschiedet hat -, doch niemand in den Schweizer Aufsichtsbehörden möchte die Verantwortung über die gigantischen Risiken übernehmen, die bei den beiden Instituten schlummern.

Die Schweiz möchte auch nicht, dass erneut die Steuerzahler gerade stehen müssen. Daher hat die Finma nun einen „Bail-In“ angeordnet: Die Großbanken müssen nach dem Modell gerettet werden, dass die EU-Finanzminister und die EZB für die Europäischen Banken beschlossen haben.

Drittbanken, Gläubiger, Aktionäre, Inhaber von Anleihen und Sparer müssen bezahlen.

Damit sind die UBS und die CS nun gezwungen, künftigen Gläubigern höhere Zinsen zu bezahlen – weil kein Mensch einer Bank Geld geben wird, bei der er sicher weiß, dass sie im Crash-Fall sein Darlehen vernichten wird. Die CS musste bereits neulich 6,5% Zinsen für Anleihen bezahlen, die im Crash-Fall zwangsweise in Eigenkapital umgewandelt werden.



Diese Dame und Herren muss man sich merken: Der Verwaltungsrat der Eidgenössischen Finanzaufsicht Finma geht voran und zwingt die UBS und die Credit Suisse, sich selbst mit Hilfe ihrer Kunden zu retten. (Fotos: Finma/Flickr/thegrid.ch)

Für viele Spekulanten sind solche Anlagen eine willkommene Möglichkeit, gute Zinsen mit Risikoaufschlägen zu verdienen. Die Investments können mit Kreditversicherungen abgesichert werden (CDS). Es wird erwartet, dass sich die beiden Großbanken auf diesem Weg zwar Geld beschaffen können, es jedoch wesentlich teurer wird.

Damit die Banken nicht über Nacht zusammenbrechen, hat die **EZB** verkündet, die **Politik des billigen Geldes** so lang als möglich fortzusetzen. Auf diese Weise soll nun den Banken Zeit gekauft werden, damit sie sich Puffer aufbauen können, um nicht zu schnell umzufallen.

Praktisch werden sich in der Schweiz jedoch vor allem die Sparer vorsehen müssen: Denn die **professionellen Anleger kommen zu einem erheblichen Teil aus den USA, Großbritannien und Offshore-Plätzen**. Es ist rechtlich umstritten, ob die Schweiz auch diese Anleger zum Schuldenschnitt zwingen kann. Wie man schon bei den Hedge-Fonds in Griechenland gesehen hat, bietet eine solche Situation Anreize für besonders **ausgebuffte Zocker**: Sie gehen fast immer als Sieger vom Feld, weil sie sich im Streitfall Zugriff auf die Assets einer strauchelnden Bank verschaffen. Dies war auch in Argentinien zu sehen, wo der Hedge Fonds des Milliardärs Paul Singer beim säumigen Schulden-Staat ein Kriegsschiff beschlagnahmen ließ.

Die kleinen Sparer oder der wohlhabende Mittelstand können solche Spiele nicht mitmachen.

Sie werden den vollen Zugriff des Regulierers zu spüren bekommen.

Das Schweizer Modell ist die erste Umsetzung der Banken-Rettung über einen Bail-In, also die Sparer.

Die anderen europäischen Staaten werden folgen. In Deutschland dürfte eine solche Regelung mit Sicherheit die **Deutsche Bank** und die **Commerzbank** betreffen. Die Deutsche Bank bereitet sich auf den Ernstfall bereits vor: Sie hat vor kurzem angekündigt, Kredite für die Sicherheits-Puffer aufnehmen zu wollen, wie die FAZ berichtet.

Die Entwicklung der Deutschen Bank ist der der UBS sehr ähnlich: Auch hier versucht das Management, mit einem langsamen Abbau des Geschäfts auf Zeit zu spielen: Man will die Regulierer nicht ärgern, möchte aber unter keinen Umständen auf die lukrativen Kasino-Geschäfte verzichten.

Die Derivate der Bank gelten allerdings als Mega-Risiko.

Bank-Kunden müssen daher nun höchst wachsam sein: Die Schweizer Entscheidung ist der erste Schritt, die Enteignung der Bank-Kunden in die Praxis umzusetzen. Die Banken sind nach wie vor extrem riskant, weshalb ein Crash jederzeit eintreten kann.

Viele Auswege haben die Sparer allerdings nicht. Wegen der verschiedenen Manipulationen kann der normale Anleger eigentlich nur noch versuchen, seine Verluste zu minimieren.

Einen Rückweg wollen die Schweizer ihren Sparern auf jeden Fall abschneiden: die **Flucht in das Bargeld**. Der Züricher Tagesanzeiger berichtet, dass der 1.000-Franken-Schein in

ungewöhnlich großem Ausmaß im Umlauf ist, weil die Sparer den Banken nicht mehr trauen und ihr Ersparnis lieber unter der Matratze als auf der Bank aufbewahren wollen ([hier](#)).

Mehrere Schweizer Politiker haben daher nun den **1.000 CHF-Schein zum Anachronismus erklärt** und seine Abschaffung gefordert. Die Sparer sollten, so die Politiker, ihr Geld doch zur Bank tragen, weil bargeldloses Zahlen doch viel moderner sei.

Die Schweizer Medien haben von der spektakulären Mitteilung der Finma im Übrigen kaum berichtet, wie der Finanzblog [Insideparadeplatz](#) verwundert feststellt.

Denn tatsächlich geht es jetzt ums Ganze: Die angelsächsischen Bondholder haben sich, anders als die Schweizer mit ihren verschlafenen Medien, längst das Finma-Papier geholt und ihre Anwaltskanzleien in die Spur geschickt. Sie werden gegen die Enteignung rücksichtslos vorgehen.

Daher, so [Insideparadeplatz](#), steige die Wahrscheinlichkeit, „dass der Schweizer Kleinsparer der beiden Großbanken die Zeche für eine Schieflage von UBS und CS zahlen müsste“.

Auch dieses Vorgehen entspricht der Blaupause, auf die sich die europäische Politik mit den Banken verständigt hat.

Die Großen zahlen nicht für die Zeche.

Egal, wieviel sie getrunken haben.